



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/127 - 5. Juni 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831-39

Fernschreiber 0886890

Hinweise

auf den Inhalt:

Louise Schroeder +	S. 1
Die biologischen Folgen der thermoklearen Explosionen	S. 3
Konferenz katholischer Sozialdemokraten	S. 5
Traditionelles Pfingsttreffen der Sudetendeutschen in Stuttgart	S. 6
An der Saar gehen die Uhren anders	S. 8
Sozialistentagung in Luxemburg	S. 10

Louise Schroeder +

"Unsere Louise"

Von Herta Gottfeld, Mitglied des Parteivorstandes

Tief erschüttert nimmt die Sozialdemokratische Partei Abschied von Louise Schroeder. Mit ihr verlieren wir eine der Grossen unserer Bewegung. Mit ihr verliert aber auch ganz Deutschland eine Frau, die durch ihre starke, laute Persönlichkeit nach 1945 dazu beigetragen hat, Haas und Misstrauen der Welt gegen Deutschland zu überwinden.

Louise Schroeder war ihr ganzes Leben lang eine Überzeugte Sozialdemokratin. Sie, das Altonaer Arbeiterkind, fand schon frühzeitig zur S.P.D. Seit 1910 gehörte ihr ganzes Leben dem Kampf um politische und soziale Gerechtigkeit für alle arbeitenden Menschen.

Es entsprach ihrer mütterlichen Art, sich vor allem für den Schutz von Mutter und Kind, für den Schutz der jungen Menschen einzusetzen.

Als Abgeordnete der Nationalversammlung und des Reichstages in der Weimarer Republik arbeitete sie massgeblich an der Gestaltung der damals in der ganzen Welt verbildlichen Sozialgesetzgebung mit.

Als Lehrerin an der Wohlfahrtsschule der Arbeiterwohlfahrt, die sie mitbegründet half, hat sie in den Jahren bis 1933 den jungen Wohlfahrtsschülerinnen und Schülern nicht nur das notwendige Fachwissen, sondern

auch das Vorbild einer sozialistischen Lebenshaltung mit auf den Weg gegeben.

Selbstverständlich gehörte dann auch Louise Schroeder zu denen, die von den Nationalsozialisten verfolgt wurden, und selbstverständlich war sie eine der Ersten, die sich nach 1945 in ihrer Wahlheimat Berlin zur Aufbauarbeit zur Verfügung stellten.

Seitdem war ihr Leben ausgefüllt mit unermüdlicher, harter, hingebungsvoller Arbeit für die Partei, deren Führungsgremien sie angehörte, für die Arbeiterwohlfahrt, für "ihr Berlin", im Bundestag, im Europarat und in einer Reihe nationaler und internationaler Organisationen

Ihre Amtszeit als amtierender Oberbürgermeister von Berlin in der schwersten Zeit dieser von ihr so geliebten Stadt ist ein Stück deutscher Nachkriegsgeschichte. Die unnachahmliche Art, mit der sie damals die Geschicke dieser Stadt leitete, hat ihr mit Recht Weltruhm gebracht.

Louise Schroeder hätte noch nicht von uns zu gehen brauchen, wenn sie es verstanden hätte, mit ihren schwachen körperlichen Kräften etwas häuslicher umzugehen. Aber gerade das konnte sie niemals. - Sie hat immer - ohne Rücksicht gegen sich selbst - die Arbeit für andere, die Arbeit für die grosse Idee, der sie diente, vorangestellt.

Louise Schroeder war nicht nur ein Mensch mit grosser politischer Einsicht, umfassendem sozialpolitischem Wissen, grossen kommunalpolitischen Erfahrungen und Fähigkeiten, sie war auch eine sehr warmeherzige und auch noch im Alter sehr charmante Frau.

"Unsere Louise" hinterlässt eine schmerzliche Lücke in unseren Reihen. Wir können ihr für ihre Arbeit, für ihr Leben nur danken, indem wir versuchen, die Idee des demokratischen Sozialismus zu verwirklichen, für die sie ihr Leben gegeben hat.

"Kein Teil der Erde ausgelassen"

Von Dr. Escoffier-Lambiotte

Von allen Seiten tönen die Alarmrufe über die Gefahr, die der Menschheit durch die allerorten betriebene Anwendung ionisierter Energie und durch die Vielzahl der atomaren Explosionen drohe. Wenn es uns auch noch an gesichertem Tatsachematerial fehlt, um diese Bedrohung klar einschätzen zu können, so gibt es doch eine Reihe wissenschaftlich anerkannter Einzelfakten, die ein Übergehen dieser Realität verbieten.

Die wesentlichen Unterschiede, die zwischen den atomaren und thermoklearen Bomben bestehen, sind nicht allein in einer beträchtlichen Verstärkung der rein zerstörerischen Kraft zu suchen, sondern vielmehr in dem enormen Anwachsen der radioaktiven Gefahr. Ungefähr drei Kilometer misst der Radius des Feuerballs einer H-Bombe. Falls die Detonation in geringer Höhe vor sich geht, birgt die Explosion die Wirkung einer Kratereruption in sich: Eine grosse Menge radioaktiver Erde wird emporgeschleudert und bis in die Stratosphäre getrieben, wo sie von den Luftströmungen verteilt wird. Die Bombe vom 1. März 1954 mit einer vergleichswisen Zerstörungsgewalt von 15 Megatonnen TNT, die u.a. auch den Unfall der japanischen Fischer verursachte, produzierte über einer lang-gestreckten Horizontalfläche von 380 mal 60 Kilometer eine radioaktive Ausstreuung und führte zu einer Vergiftung eines 18 000 qm grossen Gebietes. Die amerikanische Atomenergie-Kommission lässt uns wissen, dass die gesamte, über einem solchen Gebiet "ausgestreute" Radioaktivität eine Stunde nach der Explosion 50mal so gross war als nach einer Bodenexplosion der Atombombe. Dank den Arbeiten, die zahlreiche Gruppen von Chemikern, Physikern und Medizinern an Bord des ver-seuchten Fischerbootes durchführten, besitzen wir wertvolle Einzelheiten über die Natur dieser radioaktiven Staubteilchen: sie enthielten in Mengen, die weit über den Grad des Zumutbaren hinausgingen, die bei weitem schädlichsten radioaktiven Elemente, wie Strontium 90 und Kalzium 45.

Strontium 90

Unter meteorologisch günstigen Bedingungen können diese Elemente sich für einige Zeit in der Luft halten und später mit dem Regen und Schnee auf ein Gebiet "ausstreuen", das ziemlich entfernt vom ursprünglichen Explosionsort ist. Strontium 90, chemisch dem Kalzium verwandt, besitzt einen Periodenzyklus von annähernd 30 Jahren. In den Boden durch den Regen eingesickert und von den Pflanzen aufgenommen, infiziert Strontium die Tiere und befindet sich in der Milch. Das vom Menschen absorbierte Strontium 90 setzt sich vorzugsweise in den Knochengewebe fest und kann nach einer mehr oder weniger langen Zeit den sogenannten radioaktiven Krebs hervorrufen. Wenn es auch nur eines der zahlreichen Spaltungsprodukte der atomaren Energie darstellt, so gehört es doch in biologischer Hinsicht zu den gefährlichsten Elementen. Mehrfache Beobachtungen haben die atomare Gefahr für das sich auf Wasser aufbauende Leben und damit direkt oder indirekt auch für den Menschen aufgezeigt.

Im Jahre 1954 haben japanische Forscher in den Schuppen gefangener Thunfische das Element Strontium 90 gefunden. Zur Zeit liegt ein Bericht über eine krankhafte Krebsercheinung vor, die seit 1946 die Austern des Gebietes von Hiroshima befällt.

Zunehmende Vergiftung

Zahlreiche Untersuchungen beweisen, dass ebenfalls eine schwache Radioaktivität des durch die Abfälle der Atomfabriken ver-seuchten -4-

Wassers eine Veränderung der Pflanzenwelt des betroffenen Gebietes bewirken kann.

Man weiss, dass die Bodenexplosion einer thermonuklearen Bombe die Bildung einer Atomwolke hervorruft, die aufsteigt, sich verteilt, und von den Luftströmungen ergriffen, um die ganze Erde weht. Die Schnelligkeit der Verbreitung in der Atmosphäre und die Verteilung radioaktiver Teilchen von atomaren Explosionen wurden in Frankreich durch die Luftfahrt-Laboratorien von Aulnat-Clermont-Ferrand untersucht. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen haben deutlich gemacht, dass im Durchschnitt seit 1946 die Vergiftung (durch die Radioaktivität) zugenommen und keinen Teil der Erde ausgelassen hat. Wenn atmosphärische Niederschläge auftreten, fällt ein Teil der Radioaktivität in Form von radioaktivem Regen oder Schnee nieder, was man es am 2. März 1955 in Frankreich und nach der Explosion von Las Vegas in Michigan beobachtet hatte.

Die Zukunft der menschlichen Erbnasse

Die amerikanische Atomenergie-Kommission hat bekannt gegeben, dass die gesamte Strahlungsdosis, die aus nuklearen Bombenexplosionen bis zum Januar 1955 herrührt, ungefähr 0,2 Röntgen betrug. Man muss in Betracht ziehen, dass diese Dosis sich ausschliesslich auf die thermonuklearen Bomben bezieht, und dass nach neuesten Erfahrungen eine Dosis von 0,1 Röntgen jährlich auf die gesamte Erdbevölkerung einstrahlt. Das heisst aber, dass die Explosionen die normale, natürliche und ständige Radioaktivität des umgebenden Gebietes verdoppeln.

Seit den Forschungen von Müller im Jahre 1927 wissen wir aber, dass die ionisierte Energie die Eigenschaft besitzt, die Chromosome und Gene der lebenden Zellen zu verändern. Die Gene sind die Träger der Erbschaften, so dass das Resultat einer Mutation der Geschlechtszellen sich auf die folgende Generation überträgt.

Man kann nicht die "Qualität" der radioaktiven Mutationen beim Tier vorherhersagen, aber man weiss, dass ihre Frequenz in direkter Beziehung zur Dosis der empfangenen Röntgen steht, dass wiederholte Dosen unbegrenzte Wirkungen haben, dass sogar eine sehr schwache Strahlungsdosis eine sehr schwere Gefahr in sich birgt. Die Wirkung der Strahlung auf die Gene ist unauslöschlich und überträgt sich von Generation zu Generation. Da jede Art von Experimenten beim Menschen unmöglich ist, ist der Grad der radioaktiven Empfindlichkeit der menschlichen Gene ziemlich unbekannt. Die Berichte der Atomic Bomb Casualty of Hiroshima und der internationalen Konferenz der atomaren Pathologie in Tokio (praktisch die einzigen Berichte, die eine Schätzung der beim Menschen durch Röntgen hervorgerufenen Mutationsziffern gestatten) haben jedoch gezeigt, dass bei 887 Kindern von Eltern, die Strahlungen ausgesetzt waren, 142 ernsthafte Missbildungen erfolgten. Professor L'Hévevier schätze vor nicht allzu langer Zeit, dass die durchschnittliche Ausstrahlung auf zivilisierte Bevölkerungen sich in aller nächster Zukunft, nämlich in 30 Jahren auf 50 Röntgen erhöhen würde. Diese Dosis, die in keiner Weise überschätzt ist, würde bei einer Weiterführung der jetzigen Entwicklung technischer und industrieller Art hinsichtlich spaltbarer Materie sehr wohl die Eigenschaft haben, die Mutationsziffern zu verdoppeln.

Alarmierende Beobachtungen

Der Rückgang der menschlichen Genetik im Vergleich zu der ausserordentlichen Entwicklung der modernen Physik, das Nichtvorhandensein zufriedenstellender Untersuchungen über die Nachkommenschaft bestrahlter Personen, die Notwendigkeit, neue Techniken zu entwickeln, um das direkte Mass der radioaktiven Empfindlichkeit der menschlichen Gene fest-

5.6.1957

zustellen, drücken klar aus, dass die Bedrohung des Menschen durch die ionisierte Energie noch nicht exakt erfasst werden kann und dass ein amerikanischer Forscher Dr. Schweitzer antworten konnte, die aus nuklearen Versuchen herrührende Gefahr sei gering.

Zur Stunde kann noch kein Wissenschaftler die Konsequenzen einer Verseuchung vorhersehen, der weder die Erde, noch die Ozeane noch die Atmosphäre entgeht. Die Schwere der Konsequenzen im Hinblick auf die Genetik und die zahlreichen neuen Vermutungen sind indessen so angewachsen, dass die Forscher der ganzen Welt ihre traditionelle wissenschaftliche Isolierung verlassen. Die Vereinigung amerikanischer Wissenschaftler veröffentlicht zur Zeit ein Bulletin, dessen Auflage ansteigt und dessen Ziel es ist, die Öffentlichkeit rückhaltlos über die atomaren Fragen zu informieren. Ein Buch mit dem Titel "Die Atomenergie in ihren Rückwirkungen auf das Leben und die Gesundheit" wurde soeben von 35 berühmten Professoren (Naturwissenschaftler und Mediziner) der franz. Universitäten veröffentlicht. Die darin enthaltenen Beobachtungen sind so alarmierend, dass sie ganz die derzeitige Aufregung rechtfertigen.

(Gekürzte Übersetzung aus "Le Monde" vom 8.5.1957)

* * *

Beratungen über die Ansprache von Bischof Dr. Keller

sp- Es ist wieder Tatsache geworden, dass sich führende geistliche Würdenträger der katholischen Kirche, wenn auch in gemäßigter, jedoch für jeden verständigen Dritten deutlichen Weise zugunsten der CDU/CSU in den Wahlkampf einmischen. Insbesondere hat die Ansprache des Bischofs von Münster, Dr. Michael Keller, diese Tendenz deutlich gemacht.

Die im "Bund christlicher Sozialisten" mitwirkenden katholischen Sozialdemokraten haben auf Grund dieser gegenwärtigen und noch zu erwartenden Verlautbarungen von hoher kirchlicher Seite beschlossen, in einer Konferenz Ende Juni in Gelsenkirchen über die Ansprache des münsterschen Diözesanbischofs an die KAB zu beraten. Die Konferenz katholischer Sozialdemokraten, von denen die meisten bereits viele Jahre in der SPD aktiv mitwirken, wird den Nachweis führen, dass es für einen Katholiken mit seinem Glaubensbekenntnis absolut vereinbar ist, in der SPD mitzuarbeiten, geschweige denn, sie zu wählen. Die katholischen Sozialdemokraten werden das Ergebnis ihrer Konferenz in einer Verlautbarung zusammenfassen, um sie weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung zugänglich zu machen. Das Präsidium dieser Konferenz wird eine bekannte politische Persönlichkeit aus dem Kreis katholischer Sozialdemokraten innehaben.

* * *

5.6.1957

Die Begegnung von Hunderttausenden

Von Richard Reifner, MdB

Diesmal haben die in der Bundesrepublik lebenden Sudetendeutschen Stuttgart als Treffpunkt ihrer schon traditionell gewordenen Pfingstzusammenkünfte gewählt; Die schwäbische Metropole erwartet den Besuch von Hunderttausenden.

In Westdeutschland sieht man häufig in den Ostdeutschen, vor allem in den Sudetendeutschen, strömsüchtige Nationalisten. Ohne Zweifel waren Spannung und Unruhe den Ostdeutschen und Sudetendeutschen eigen. Schliesslich lebten sie in steter Sorge um ihre nationale Erhaltung, im Sudetenland stärker als anderswo auch in Sorge um den Arbeitsplatz. Trotzdem konnte der demokratische Gedanke lange seine führende Position behaupten. Die Kenntnis über den deutschen Osten zeigt weiter, dass das Soziale und Humane ein Wesenszug ostdeutscher Kulturformen ist.

Man muss die Heimat als ein menschliches und naturrechtliches Postulat sehen und das Heimatrecht als die Grundlage aller menschlichen Freiheits- und Bürgerrechte anerkennen. So wächst das Bekenntnis zur Heimat über das Gefühlsmässige und gar über das Verlogene hinaus. Es wird zur moralischen Auflehnung gegen ein unhumanes Diktat.

Die SPD - grösste Vertriebenenpartei

Der Sinn eines landesmannschaftlichen Treffens sollte sein zu sagen, was die Vertriebenen in heimatpolitischen Fragen denken. Man kann wohl sagen, dass die Mehrheit der Sudetendeutschen die Zeichen der Zeit nicht übersehen hat und auch nicht will, dass Gewalt und Tyrannei wiederkehren. In besonderen sozialen und wirtschaftlichen Fragen teilen die Vertriebenen wohl die Auffassung der Partei, mit der sie sympathisieren, oder der sie angehören. Wenn die Meinungsbefragungen richtig sind, dann ist die SPD die grösste Vertriebenenpartei, denn von 100 sozialdemokratischen Wählern sind 30 Vertriebene. Nicht nur deswegen, sondern als ständiger Anwalt aller Schwachen und Unterdrückten, hat die SPD auf ihrem Kongress in Wiesbaden am 13. und 14. April 57 das Lebensrecht der Heimatvertriebenen im Westen und ihr Heimatrecht im Osten bejaht.

Wenn man die Lage im Lichte der besonderen Vertriebenenproblematik

beurteilt, ergibt sich das folgende Bild:

Notwendige Überprüfung der deutschen Ostpolitik

In den vergangenen Monaten bemühten sich bestimmte Kreise in In- und Ausland, die deutsche Öffentlichkeit zur Anerkennung der augenblicklichen Grenzziehung im Osten unseres Vaterlandes und damit die Vertriebenen mittelbar zum Verzicht auf die Rückkehr in ihre Heimat zu veranlassen. Ferner wird versucht, massgebende Politiker für den Gedanken zu gewinnen, dass durch eine Stellungnahme ^{zugunsten} des gegenwärtigen Zustands nicht nur dem Frieden, sondern vor allem auch der Wiedervereinigung ein Dienst geleistet werde. Ohne Zweifel gehört zu einer wirksamen Wiedervereinigungspolitik die friedliche Bereinigung strittiger Fragen mit unseren slawischen Nachbarn. Eine bessere Einsicht in die Geschichte und Wesenszüge der slawischen Völker ist ebenso notwendig wie die Überprüfung der neueren deutschen Geschichte und der deutschen Ostpolitik. Das Streben der Polen, Tschechen und Slowaken, ihr Leben und ihre Staatsform ohne russische und auch ohne deutsche Vormundschaft zu gestalten, ist stark und lebendig. Diesem Wunsch entgegenzukommen, erscheint eine unerlässliche Aufgabe deutscher Aussenpolitik zu sein. Es soll dabei bemerkt werden, dass es den polnischen Arbeitern, die sich im Sommer 1956 erhoben hatten, um ihre Freiheit zu tun war, nicht aber um die Westgrenze ihres Staates.

Aus der Teilung fließt kein Segen

Die vertriebenen Sudetendeutschen müssten daher in ihrem eigenen Interesse jede Abrüstungsmaßnahme begrüßen, die einen Schritt in der Richtung einer Entspannung und Friedensordnung in Europa darstellt. Es soll aber auch erinnert werden, dass Europa aus der Teilung Polens weder Glück noch Segen gezogen hat. Das polnische Volk hat sich mit dem Los, das ihm von den Romanows, den Hohenzollern und den Habsburgern auferlegt worden ist und dessen Fessel es erst nach 1916 abstreifen konnte, nie abgefunden. Ebensowenig kann Europa eine gesicherte und lebenswerte Zukunft auf der deutschen Teilung aufbauen. Deshalb ist es richtig, sich die folgende Rechtsanschauung zu eigen zu machen: Die Oder-Neiße-Linie kann nicht als die endgültige deutsche Ostgrenze anerkannt werden. Die Forderung auf Wiederherstellung des Heimatrechts ist aber auch untrennbar mit der Forderung auf Wiederherstellung der Menschen- und Freiheitsrechte der Völker hinter dem Eisernen Vorhang verbunden. Die Sicherung dieser Rechte verlangen wir nicht nur für uns allein. Jede Freiheit

ist gefährdet, solange nicht auch der Nachbar sich ihrer in gleicher Weise erfreut. Damit führen wir einen wichtigen Grundgedanken der Charta der Heimatvertriebenen fort und erweitern ihn zu einem neuen Grundsatz.

Entscheidender Beitrag zum Frieden

Die Völker Ost- und Mitteleuropas sollen wissen, dass die Wiederherstellung des Rechts der Vertriebenen auf ihre Heimat nicht nur kein Grund zur Besorgnis, sondern ein entscheidender Beitrag zum Frieden und zur Wiedererringung der Freiheit für sie selbst bedeuten würde. Diese Freiheit wird keine deutsche, und keine tschechische, slowakische oder polnische, sondern sie wird eine europäische Freiheit sein. Sie wird auf dem verantwortungsbewusst ausgeübten Selbstbestimmungsrecht friedlich lebender Völker beruhen. Es besteht daher keine zwingende Veranlassung, die sudetendeutsche Frage ausschließlich in dem Sinne zu erörtern, an welcher Stelle sich die Staatsgrenzen heute befinden. Diese Frage hat politische und völkerrechtliche Aspekte. Auch sie wird in einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland ihre Lösung finden. Es wäre ein Rückfall in die alte überholte Nationalstaatsideologie zu glauben, dass Grenzen von einst allein eine tragfähige Grundlage für eine Neuordnung Europas abzugeben vermögen.

Die europäische Freiheit wird sich ferner auf das Bewusstsein stützen, dass Genuss und Sicherheit des Selbstbestimmungsrechts solidarisch sein muss. So ausgeübt, wird es die Völker Mittel- und Osteuropas nicht trennen und zu Gegnern machen, sondern sie zu vertrauensvoller, friedlicher Zusammenarbeit zwischen Gleichen vereinen.

* * *

Die zweite Abfuhr für Adenauer

ler. Für die Ohren des Bundeskanzlers hat der Name Saar keinen besonders guten Klang. Er ist verbunden mit peinlichen Niederlagen. Die erste weithin sichtbare war die berüchtigte Abstimmung vom 23. Oktober 1955 über das Saarstatut. An Behauptungswillen der saarländischen Bevölkerung fand der Wille des Bundeskanzlers eine unübersteigbare Schranke. Die Saarländer beschritten nicht den Weg, den ihnen der Bundeskanzler durch seine Empfehlung des Saarstatuts angeraten hatte, er hätte, und das fühlten zwei Drittel aller Saarländer, zu

5. Juni 1957

vielleicht dauernder Abtrennung vom deutschen Mutterland geführt. Am gesunden Empfinden der Saarbevölkerung zerbrach der künstlich gepflegte Mythos Adenauers. Dieser Teil des Saarkampfes gehört nun der Geschichte an.

Allerdings sollte ihm ein zweites, ebenso unrühmliches Kapitel folgen, was das Verhalten des Bundeskanzlers betrifft. Darüber dachte die saarländische CDU, die Adenauer aus begrifflichen Gründen stets mit einem gewissen Misstrauen betrachtete, fast in die Brücke zu gehen. Um reiner parteipolitischer Vorteile willen drängte die Bonner CDU-Führung auf die Wiedorzulassung Hoffmanns und seines engsten Anhangs auf der politischen Bühne. Wie unchristlich ging es doch auf dem letzten CDU-Parteitag Saar zu, welche Tricks und Kniffe, des Zulässige überschreitend, wurden aufgeboten, um den unbequemen Dr. Ney zu beschütigen! Diesem Attentat blieb zwar der Erfolg nicht versagt, aber es war ein Pyrrhussieg mit verheerenden Auswirkungen für den Bestand der saarländischen CDU. Die Mitgliederaustritte nahmen rapid zu, ganze Ortsgruppen rebellierten, schliesslich lief das Fass über mit dem bekannten Schreiben Dr. Adenauers in der "Saarländischen Volkszeitung", dem Organ des früheren Ministerpräsidenten Hoffmann. Der Kanzler identifizierte sich in diesem bemerkenswerten Dokument mit einer Partei, die in Deutschlands dunkelsten Stunden die unglücklichen Geschäfte des Separatismus betrieben hatte.

Mit der Neubildung der saarländischen Regierung auf der Grundlage der früheren Heimatbündnisse ist nun auch dieses Kapitel zu Ende. Es schliesst die zweite Niederlage Adenauers ein und ist ein Triumph der politischen Vernunft, die sich gegen den Bonner Regierungschef durchgesetzt hat. Zum zweiten Male verlieste an der Saar der Mythos Adenauers, überschätzte der Bundeskanzler seinen Einfluss und seine Möglichkeiten. Dass er sie zugunsten diskreditierter Politiker mit mehr als einem separatistischen Anstrich eingesetzt hat, wird für spätere Zeiten die Lektüre dieses Kapitels nicht gerade zu einer erfreulichen machen.

5. Juni 1957

Für eine gemeinschaftliche sozialistische Aktion

G.M. Zu Beginn dieser Woche haben in Luxemburg die Delegierten der sozialistischen Parteien der sechs Mitgliedstaaten der "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" - Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande - eine Arbeitstagung durchgeführt und die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der europäischen Atomenergiegemeinschaft (Euratom) sowie die mit der Schaffung einer europäischen Freihandelszone zusammenhängenden Fragen erörtert.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war durch ihre Abgeordneten im Montanparlament, Willi Birkelbach, Gerhard Kreyssig, Erich Ollenhauer, Joachim Schöne und Herbert Wähler sowie durch eine von Parteivorstand delegierte Gruppe von Experten vertreten. Zu dieser Gruppe gehörten MdB Wilhelm Gefeller, Vorsitzender der IG Chemie, Heinrich Hensath, Arbeitsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, MdB Robert Friedemann, Parteivorstandsmitglied Alfred Nau, MdB Dr. Ludwig Ratzel, MdB Prof. Dr. Ernst Schellert, Alois Währle, 2. Vorsitzender der IG-Metall; an Stelle des wegen der Regierungskrise im Saargebiet verhinderten Arbeitsministers Conrad war der Geschäftsführer des DGB Saargebiet, Karl Dinges, nach Luxemburg gekommen. Erich Ollenhauer nahm an der Tagung auch in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Sozialistischen Internationale teil. Die österreichische Partei hatte Arbeitsminister Ing. Waldbrunn als Beobachter entsandt.

Die Berichte

Dem sehr instruktiven Bericht über die Vertragstexte (Euratom - Dr. Ludwig Ratzel, Bundesrepublik Deutschland, EWG-Ir. H. Vos, Holland, Institutionen-Gozard, Frankreich, Freihandelszone-Evalenko, Belgien) folgte eine ausgiebige Diskussion, in der übereinstimmend festgestellt wurde, dass der Versuch, die Teilintegration von Kohle und Stahl auf das gesamte Wirtschaftsleben der Vertragsstaaten zu erweitern u.a. auch als das Ergebnis der berechtigten Kritik der Sozialisten am Montan-Vertrag und dessen Funktionieren zu werten sei. Die sozialistischen Parteien begrüßen diesen Schritt, drängen aber auf die Verbesserung der jetzt vorliegenden Vertragstexte. Ihre grundsätzliche positive Einstellung zu einer gemeinsamen europäischen Politik legt den sozialistischen Parteien die Verpflichtung auf, das Funktionieren der Organe einer solchen gemeinsamen Politik ständig zu überwachen und durch konstruktive Vorschläge dafür Sorge zu tragen, dass eine koordinierte Wirtschaftspolitik - später auch auf der Grundlage der Währungsgleichheit - möglich wird.

Kritik und Anregungen

Die deutschen Konferenzteilnehmer wiesen mit Nachdruck auf die Schwächen in den Vertragstexten hin. Sie blieben mit ihren Kritiken nicht allein. Auch die Sprecher der anderen Delegationen schlossen sich in wesentlichen Punkten den gegenüber den Vertragswerker geäußerten Bedenken an. Bei grundsätzlich positiver Einstellung zu dem Versuch, die isolierte Integration im Rahmen der Montan-Union zu erweitern, betonte der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Hensath, dass in den Vertragstexten die soziale Frage unzureichend behandelt worden sei. - 11 -

5. Juni 1957

MdB Wehner wies besonders auf die "Gefahr des konservativen Bürokratismus" hin. In Namen der deutschen Delegation forderte Wehner gemeinsame Anstrengungen der sozialistischen Parteien zur "Überwindung jener Tendenzen, die eine Abschneidung des jetzt zu schaffenden Gemeinsamen Marktes von der übrigen Welt in sich tragen". MdB Kreyssig setzte seine Kritik bei den Institutionen der Verträge an, betonte jedoch, dass deren Funktionieren entscheidend von der Intensität der sozialistischen Mitarbeit abhängen werde.

Atomkraft nur für friedliche Zwecke

Die Aussprache über das Vertragswerk zu Euratom ergab die einstimmige Forderung, dass das spaltbare Material in den Vertragsländern nur friedlichen Zwecken zugänglich gemacht werden dürfe. Auguste de Block, Belgier, erklärte in diesem Zusammenhang, gerade die sozialistischen Parteien Europas müssten stets mit Nachdruck laut und vernehmlich bekünden, dass ein Krieg mit atomaren Waffen in Europa diesen Kontinent vernichten werde.

Den Verlauf der Diskussion entsprechend fanden die Kritiken und Anregungen der einzelnen Delegationssprecher ihren Niederschlag in der zum Abschluss der Tagung einstimmig gebilligten Resolution, die den sozialistischen Parteien der Vertragsländer als Empfehlung für ihr praktisches Verhalten in den Parlamenten unterbreitet wird.

Die Entschliessungen

In der Entschliessung zu Euratom begrüssen die sozialistischen Parteien der Mitgliedstaaten, dass die europäische Atomgemeinschaft ausschliesslich der Entwicklung der Atomenergie für friedliche Zwecke dienen und dass die spaltbaren Stoffe Eigentum der Gemeinschaft werden sollen. Es wird mit allem Nachdruck gefordert, "einen solchen Einfluss der öffentlichen Hand auf die Atomwirtschaft sicherzustellen, wie er sich aus der besonderen Bedeutung und Schärlichkeit der Atomenergie und aus den grossen öffentlichen Leistungen für die Forschung, die Ausbildung und die Investition ergibt". Nach dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer aktiven Investitionspolitik für alle Energiequellen und der besonderen Förderung der medizinischen und biologischen Forschung im Hinblick auf jeglichen Schutz der Arbeitnehmer und der Bevölkerung wird auch für Euratom die Ausnutzung aller Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dritten Staaten, der OEEC und der UNO, gefordert.

Wesentliches Ziel

In der Resolution zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft fordern die sozialistischen Parteien, dass versucht werden muss, auch die übrigen Mitgliedsländer der OEEC entweder zum Beitritt oder zum Abschluss besonderer Verträge zu gewinnen. Als wesentliches Ziel der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird die stetige Lebens- und Beschäftigungsbedingung der Bevölkerung bezeichnet, jedoch der Meinung Ausdruck gegeben, dass sich aus dem Zustandekommen eines Gemeinsamen Marktes nicht auch automatisch die Entwicklung zu einer besseren sozialen Struktur und einer expansiven und stabilen Wirtschaft ergibt, sondern dass dazu eine bewusste gemeinsame aktive Wirtschaftspolitik notwendig ist. Voraussetzung hierfür sei, so heisst es in der

Entschliessung, eine tatsächliche Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Teilnehmerstaaten und eine gemeinsame Konjunkturpolitik. Stark kritisiert wird in der Entschliessung, dass die Sozialpolitik im Vertrag zu wenig zur Geltung gekommen ist und dass insbesondere die Bestimmungen über den Sozialfonds unzulänglich sind.

Zur Agrarpolitik wird gesagt, sie sei ein integrierender Bestandteil der Wirtschaftspolitik und müsse daher auf eine rationelle Produktion gerichtet sein. Ferner wird darauf gedrängt, dass unverzüglich eine gemeinsame zielbewusst geleitete Verkehrs- und Transportpolitik angesteuert wird.

Die aussereuropäischen Länder

Zur Frage der Assoziation der aussereuropäischen Länder und Gebiete wird festgestellt, dass während des Voranschreitens auf dem Wege zur Unabhängigkeit die in diesen Ländern und Gebieten vorhandenen parlamentarischen Vertretungen fortzuschreiten herangezogen werden müssen und dass bei Erwerbung der Unabhängigkeit die Assoziation nur dann fortzusetzen ist, "wenn das betreffende Land souverän diesen Wunsch ausspricht".

Keine Abschachtelung Europas!

In einer besonderen Entschliessung über die Freihandelszone wird betont, dass die sozialistischen Parteien jede Initiative zur Beseitigung der wirtschaftlichen Abschachtelung Europas begrüssen und dass unter diesen Umständen die Schaffung einer Freihandelszone, die über den gemeinsamen Markt hinausgeht, wünschenswert sei. Bei Durchführung der hierfür vorgesehenen Lösungen müsse jedoch darüber gewacht werden, dass sie in der Praxis nicht ein Hindernis bilden. Die Integration der Landwirtschaft in die Freihandelszone wird als Vorbedingung für den Erfolg des Systems bezeichnet; "jedoch könnte der Landwirtschaft auf Grund ihrer besonderen Lage eine zeitweilige Sonderregelung zugestanden werden".

Die Warnung vor der Gefahr des Überhandnehmens der Bürokratie kommt dann noch einmal in einer die Resolution abschliessenden Bemerkung zum Ausdruck. Hier heisst es: "Die sozialistischen Parteien sind der Ansicht, dass die Gefahr, dass das Übergewicht des Ministerrates zu einer anonymen Bürokratie führt, durch eine tatsächliche Verstärkung der Stellung der vor der Versammlung verantwortlichen Europäischen Kommission abgewandt werden kann."

"Grundlage, auf der weitergebaut werden kann"

Im übrigen betrachten die an der Konferenz in Luxemburg teilnehmenden sozialistischen Parteien "die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomenergiegemeinschaft trotz ihrer Mängel als eine Grundlage, auf der weitergebaut werden kann, und empfehlen den sozialistischen Parteien nicht nur, deren Zustandekommen ihre Unterstützung zu geben, sondern auch nach ihrem Inkrafttreten zu einer gemeinschaftlichen sozialistischen Aktion zu kommen, damit durch eine gemeinsame Aufbaupolitik die grossen Möglichkeiten, die die Verträge für den zukünftigen Lebensstandard der Völker, für die Einheit Europas

und für die politische Stabilität in der Welt bieten, völlig ausgeschöpft werden."

Bilanz
- - - -

Die Bedeutung der Luxemburger Konferenz der sozialistischen Parteien ergibt sich nicht nur aus der Tatsache, dass die meisten Vorbehalte gegenüber den vorliegenden Vertragstexten übereinstimmend waren, sondern dass sich auch die Vorschläge zur Verbesserung der Vertragswerke in der gleichen Richtung bewegten. Damit sind die Ansatzpunkte für die im letzten Absatz der Resolution geforderte gemeinschaftliche sozialistische Aktion gegeben. Selbstverständlich ist es nunmehr Aufgabe der sozialistischen Parlamentsfraktionen in den sechs Vertragsländern, die Empfehlungen ihrer Delegierten zu prüfen und die endgültige Stellungnahme zu den Verträgen zu erarbeiten. Unabhängig davon jedoch dürfte die Luxemburger Konferenz klar gezeigt haben, wie intensiv, aber auch konstruktiv die sozialistischen Parteien am Neubau Europas arbeiten.

* * *

Sender Luxemburg:

"Wie nach Mass gearbeitet"

"Warum hat die amerikanische Regierung die Erlaubnis dazu gegeben, dass Chruschtschow zu jedem einzelnen Amerikaner sprechen konnte (durch Fernsehinterview)? Hatte sie dazu einen besonderen Grund? Ist dieser Grund vielleicht in dem Wunsch Eisenhowens zu suchen, den Boden für ein Abrüstungsübereinkommen zu ebnen, denn der Präsident weiss, auf welchen Widerstand er mit seinen Bemühungen um das Zustandekommen eines Abrüstungsabkommens stösst. Nun, nachdem der Durchschnittsamerikaner selbst Chruschtschow sprechen hörte und sah, wird er vielleicht weniger ablehnend sein. - Stassen wird jetzt seinen Abrüstungsplan vorlegen. Die führenden amerikanischen Persönlichkeiten machen sich allerdings keine Illusion darüber, dass ein erstes Übereinkommen Zeit und Geduld erfordert, aber sie verzweifeln nicht in ihren Bemühungen. Die Worte Chruschtschows scheinen 'wie nach Mass gearbeitet' zu sein, um sie auf ihrem Wege zum Abrüstungsübereinkommen zu ermutigen."

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel